

PRESSEMITTEILUNG

Bremen/Bremerhaven

Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) vor dem Aus – Wirtschaftsrat warnt vor gigantischer Investitionsruine

Die mit dem neuen EEG verabschiedete neue Zielsetzung für die Offshore Windenergie führt dazu, dass das für Bremerhaven geplante Terminal nicht mehr wirtschaftlich tragfähig ist. Der amtierende Bremer Senat riskiert damit – trotz klammer Kasse bis hin zur Haushaltssperre – weitere Fehlausgaben in Millionenhöhe. Nach den deutschlandweit bekannten und stark in der Kritik stehenden Fehlplanungen des Space Parks sowie aktuell des Jade Weser Ports steht nun ein neues Investitionsvorhaben an, das zwar kurzfristig durch Planung und Bau Arbeitsplätze und Umsätze bringt, langfristig aber ein 200-Millionen-Grab werden könnte.

Schon mit dem Koalitionsvertrag war klar, dass die extreme Anpassung der Zielsetzung des Ausbaus der Offshore Windenergie (minus 35 % in 2020, minus 40 % in 2030) zu Problemen bei Herstellern, Zulieferern und auch Häfen führen würde. Doch während die Unternehmen wie Areva Wind, Bard, Weserwind und andere schnell mit Kurzarbeit, Entlassung von Leiharbeitern und Verkäufen reagieren, hält Bremen immer noch an einem Projekt fest, das sich nachweislich nicht rechnen wird. Die Branche rechnet damit, dass zwar das Ausbauziel bis 2020 in Höhe von 6,5 GW mit tatsächlich gebauten 7,7 GW überschritten wird, aber für den danach folgenden Ausbau, falls er nicht ganz gekippt werden sollte, sind nur noch 2 Parks pro Jahr geplant. Das bedeutet ca. 160 Anlagen pro Jahr - viel zu wenig für den OTB, insbesondere, da die Windturbinen derzeit vor allem aus Dänemark und Holland aufgebaut werden und auch deutsche Standorte wie Cuxhaven oder auch zuletzt Wilhelmshaven versuchen, Geschäft an Land zu ziehen und z.B. in Cuxhaven und Emden Hallen und Kajen leer stehen.

Dass in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Versuchen keine privaten Investoren gefunden wurden und niemand bereit war, in das Terminal zu investieren, zeigte bereits die Schwierigkeiten des Projektes – trotz damals noch höherer Zielsetzung und damals florierender Aktivitäten wie Turbinen- und Fundamentbau im Hafen in Bremerhaven.

Ohne Zweifel ist zur beabsichtigten Kostensenkung eine Optimierung der Logistik und der Lieferketten notwendig – und diese sollte der OTB bringen, nachdem die in Bremerhaven bisher ausgeführten Lösungen z.B. aus dem Labradorhafen oder der ABC-Halbinsel umständlich und damit teuer sind. Aber die absehbar zu geringe Auslastung ist auch durch Gutachten für den Senat, die erstens ungenaue und zweitens häufig zu optimistische Prognosen vorhersagen, nicht zu widerlegen. Die Praxis hat bei verschiedenen Projekten wie Space Park gezeigt, dass dies teuer werden kann. Sicherlich ist dabei die wiederholte Beauftragung des gleichen Prognose-Institutes ebenfalls nicht hilfreich.

So schade das auch für Bremerhaven ist, aber damit macht man sich nur mehr und in der Zukunft größere Probleme. Es besteht lediglich die Möglichkeit, diese Entwicklung abzuwenden, wenn die Zielsetzung des OTB verändert beziehungsweise der nationale oder der internationale Markt belebt wird. Deshalb fordert der Landesverband des Wirtschaftsrates:

1. Der Bremische Senat muss verhindern, dass weiteres Steuergeld in den Offshore-Terminal fließt, sollte die Wirtschaftlichkeit nicht gesichert sein. Dabei handelt es sich derzeit um eine Summe von etwa 180 Mio. Euro.
2. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam nach alternativen Nutzungs- und Umschlagsmöglichkeiten suchen. Dabei sollten vor allem Kapazitäten für den Großanlagenbau berücksichtigt werden.“

Kontakt:

Susanne Grobien
Geschäftsführerin
Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Bremen
Telefon: (0421) 498 74 29
Telefax: (0421) 491 92 90
lv-hb@wirtschaftsrat.de